

Niederschrift

zur Sitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, den 04.09.2013 um 17:30 Uhr Landratsamt
Beeskow, Breitscheidstr. 7, Haus A, Raum 127

Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr Sitzungsende: 18:35 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.05.2013
4. Baubeschluss zur Wiedererrichtung der Brücke über die Neiße zwischen Coschen (Landkreis Oder-Spree, Bundesrepublik Deutschland) und Zytowan (Landkreis Krosno Odrzanski, Republik Polen)
5. Aufbau eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes des Landkreises Märkisch-Oderland und des Landkreises Oder-Spree für das Versorgungsgebiet der Abteilung für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik der Immanuel Klinik Rüdersdorf
6. Sitzungsplan 2014
7. Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und die Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2012
8. Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2012
9. Genehmigung einer Eilentscheidung für die außerplanmäßige Gewährung eines Darlehens (Ausleihe) an die Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH
10. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit kreisangehörigen Schulträgern weiterführender Schulen

II. Nichtöffentlicher Teil:

1. Ankauf einer Liegenschaft in 15517 Fürstenwalde (Odersun)
2. Kreisausschuss als Vergabeausschuss

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 29.05.2013

Die Niederschrift wird bestätigt. Es liegen keine Einwände vor.

zugestimmt

**Zu TOP 4 Baubeschluss zur Wiedererrichtung der Brücke über die Neiße zwischen Coschen (Landkreis Oder-Spree, Bundesrepublik Deutschland) und Zytowan (Landkreis Krosno Odrzanskie, Republik Polen)
Vorlage: 015/2013**

Frau Gläsmer erläutert ausführlich die Beschlussvorlage 015/2013.

Am 27. Januar 2004 fasste der Kreistag des Landkreises Oder-Spree den Grundsatzbeschluss 1/2/2004. Dieser Grundsatzbeschluss umfasst 3 Bauabschnitte. Die Straßenbaumaßnahmen wurden nach der Fördermittelbeantragung baulich recht zügig umgesetzt. Die geplante Brücke über die Neiße verbindet die beiden Kreisstraßen K 6702 (Landkreis Oder-Spree) und die 1154F

(Landkreis Krosno Odrzanskie) miteinander.

Frau Gläsmer verweist darauf, dass das Brückenbauvorhaben Bestandteil des dt.-polnischen Abkommens vom 21. November 2000 ist.

Nach der Veröffentlichung der Planungsleistungen und den anschließend stattgefundenen Vergabegesprächen mit drei Ingenieurbüros entschieden sich beide Verwaltungen für das Büro Pöyry Deutschland GmbH aus Berlin. Der Planungsauftrag wurde am 30. März 2012 erteilt. Die erforderlichen Genehmigungen zur baulichen Realisierung der Grenzbrücke liegen vor, so dass die öffentliche Unterzeichnung des Fördervertrages am 27. Juni 2013 in der Burg Beeskow erfolgte. Die Brücke ist nach der Fertigstellung für Fahrzeuge bis zu 7,5 t zugelassen und mit einem kombinierten Geh- und Radweg 13,50 m breit und 101 m lang ist.

Frau Gläsmer erklärt dann den Abgeordneten, dass die eingegangenen Angebote nach der Ausschreibung für den Brückenbau alle über der Kostenberechnung liegen. Um das Vorhaben finanziell abzusichern, ist ein zusätzlicher Betrag von 860 000 € erforderlich.

Daraufhin hat sich das Fachamt an das Technische Sekretariat in Zielona Gora und an das Wirtschaftsministerium des Landes Brandenburg gewandt. Vom GTS wird dann empfohlen, dass der Fördermittelantrag präzisiert werden sollte und dass die fehlenden erforderlichen Mittel noch rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden könnten. Frau Gläsmer geht davon aus, dass trotz knapper Zeit Ende September mit dem Bau der Brücke begonnen werden kann. Durch den veränderten Sachverhalt erhöhen sich dann entsprechend auch die Eigenanteile beider Landkreise. Der Landrat betont daraufhin, dass dem Landkreis „dazu etwas einfallen“ wird.

Anschließend fragen Herr Jürgens und Herr Dr. Stiller, Fraktion Die Linke, ob die in der Vorlage genannten Termine noch eingehalten werden können. Frau Gläsmer sagt, dass die vorgegebene Zeitschiene auf jeden Fall so eingehalten werden muss.

Abschließend bittet der Landrat die Abgeordneten um die Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 **Aufbau eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes des Landkreises Märkisch-Oderland und des Landkreises Oder-Spree für das Versorgungsgebiet der Abteilung für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik der Immanuel Klinik Rüdersdorf**
Vorlage: 029/2013

Frau Dr. Weser erläutert kurz die Vorlage 029/2013.

Der Aufbau eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes für das Versorgungsgebiet der Abteilung für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik der Immanuel Klinik Rüdersdorf wird gemeinsam vom Landkreis Märkisch-Oderland und dem Landkreis Oder-Spree entwickelt.

Frau Dr. Weser erklärt, dass man sich den Gemeindepsychiatrischen Verbund als eine Arbeitsweise für psychisch Kranke vorstellen kann. Es handelt sich um eine moderne vernetzte und gut strukturierte Aufgabenerfüllung im Sinne der schwer psychisch Kranken.

Medizinische Leistungen, Rehabilitations-, Eingliederungs- und Sozialleistungen werden dabei aufeinander abgestimmt geplant, durch die beteiligten Kostenträger und Leistungserbringer organisiert und gemeinsam mit den schwer psychisch kranken Menschen und deren Bezugspersonen realisiert. Sie betont, dass es sich hierbei um ein Versorgungsinstrument für ca. 10 sehr schwierige Patienten (junge Ersterkrankte) handelt.

Die Nachfragen von Herrn Jürgens und Herrn Dr. Pech, Fraktion Die Linke, nach der Reichweite des Verbundes und wer außer den Landkreisen noch im Verbund mitarbeitet, werden von Frau Dr. Weser beantwortet.

Abschließend bittet der Landrat die Abgeordneten um ihre Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 6 **Sitzungsplan 2014**
Vorlage: 030/2013

Der Landrat informiert, dass sich im vorliegenden Sitzungsplan durch die am 25.05.2014 stattfindenden Kommunalwahlen noch Veränderungen ergeben können.

Frau Kilian fragt nach, ob der Beginn des Kreisausschusses bereits auf 17.00 Uhr vorverlegt werden könnte. Der Landrat sagt, dass dies grundsätzlich möglich wäre, falls sich die Kreisausschussmitglieder für eine Vorverlegung des Ausschusses entscheiden würden.

Nach einer kurzen Diskussion verständigen sich die Abgeordneten jedoch darauf, den Beginn des Kreistages um 17.30 Uhr zu belassen.

Abschließend bittet der Landrat die Abgeordneten um die Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 7 **Beschlussfassung über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses mit Lagebericht und die Verwendung des Jahresergebnisses des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2012**
Vorlage: 031/2013

Herr Buhrke erläutert kurz die Vorlage 031/2013.

Er sagt, dass im Betrieb gewerblicher Art ein Jahresüberschuss von 135.408,36 € erwirtschaftet

wurde. Per Saldo ist danach im Gesamtunternehmen ein Jahresüberschuss von 135.408,36 € zu verzeichnen. Das Jahresergebnis soll nach der Entstehung des Überschusses im Betrieb gewerblicher Art auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Herr Buhrke betont, dass keine Beanstandungen des Wirtschaftsprüfers vorliegen.

Anschließend bedankt sich Herr Jürgens, Fraktion Die Linke, beim KWU Entsorgung für die geleistete Arbeit und das daraus resultierende positive Endergebnis. Er fragt nach, wann es zu einer Auswertung des Modellprojektes Grünabfall und der Potenzialanalyse kommt.

Herr Hildebrandt erklärt, dass das Modellprojekt Grünabfall zunächst auf den Raum Storkow ausgeweitet werden soll. Ziel ist es, aus dem Modellprojekt herauszukommen und dieses Vorhaben dann auf den gesamten Landkreis Oder-Spree zu erweitern. Darüber wird der KWU-Werksausschuss zeitnah informiert. Die Potentialanalyse ist ebenfalls abgeschlossen und wurde im KWU-Werksausschuss vorgestellt. Herr Hildebrandt erklärt auf weitere Anfragen von Herrn Jürgens, dass ein Antragsverfahren eines privaten Unternehmens bei der zuständigen Genehmigungsbehörde vorliegt. Deshalb wurden die konkreten Planungen für die Erweiterung der Deponie „Alte Ziegelei“ vorerst nicht aufgenommen.

Zum Kreislaufwirtschaftsgesetz sagt Herr Hildebrandt, dass bis zur Einleitung der nächsten Schritte zunächst die noch fehlenden Durchführungsbestimmungen vorhanden sein müssen. Abschließend beantwortet Herr Hildebrandt eine Nachfrage von Herrn Dr. Pech, Fraktion Die Linke, nach eventuellen wirtschaftlichen Folgen des KWU Entsorgung, falls in Rüdersdorf eine Müllverbrennungsanlage entsteht. Der Landrat bittet dann die Abgeordneten um Abstimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 8 Beschlussfassung über die Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes "Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung" für das Wirtschaftsjahr 2012
Vorlage: 032/2013**

Zur Vorlage 032/2013 gibt es keine Anfragen bzw. Wortmeldungen. Der Landrat bittet die Abgeordneten um Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 9 Genehmigung einer Eilentscheidung für die außerplanmäßige Gewährung eines Darlehens (Ausleihe) an die Rettungsdienst im Landkreis Oder-Spree GmbH
Vorlage: 033/2013**

Auf eine Nachfrage von Herrn Schulze, Fraktion SPD & Bündnis 90/Die Grünen, antwortet Herr Buhrke. Er sagt, dass von dem Investitionskredit für die Rettungsdienst GmbH neue Dienstfahrzeuge angeschafft werden. Nach der Abschreibung müssen diese Fahrzeuge regelmäßig ersetzt werden. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und der Landrat bittet die Abgeordneten um die Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 10 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit kreisangehörigen Schulträgern weiterführender Schulen

Vorlage: 038/2013

Auf eine Nachfrage von Herrn Jürgens, Fraktion Die Linke, bestätigt Herr Buhrke, dass auch von der Stadt Fürstenwalde die Zustimmung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung vorliegt. Der Landrat informiert danach, dass der von der Stadt Fürstenwalde zusätzlich vorliegende Antrag auf Übernahme der Schulen in die Trägerschaft des Landkreises vorliegt und in einen der nächsten Kreistage entschieden wird. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung würde dann beim Wechsel der Trägerschaft außer Kraft treten. Weitere Nachfragen gibt es nicht und der Landrat bittet die Abgeordneten um Zustimmung zur Weiterleitung der Vorlage in den Kreistag.

einstimmig zugestimmt

Manfred Zalenga

Vorsitzender des
Kreisausschusses

stellv. Vorsitzende des
Kreisausschusses

Irmtraud Lehmann Renate
Wießner
Schriftführer/in